



## Pausendurchfahren - 36 Sonderschichten - Arbeitszeitverlängerung Altersgerechtes Arbeiten?

Wie verträgt sich das mit der älterwerdenden Belegschaft und dem demographischen Wandel? Da bringen Werkleitung und Betriebsrat gemeinsame Glanzbroschüren heraus, es gibt gemeinsame Arbeitsgruppen zum Thema demographischer Wandel, um zu versuchen, die immer größer werdenden Probleme in den Griff zu bekommen. Eigentlich weiß jeder, dass die Bremer Belegschaft, wie andere Belegschaften anderer Konzerne auch, älter und zwangsläufig kränker werden. Die Arbeitshetze an den Bändern und in den Büros wird aber immer schlimmer und gesundheitliche Schädigungen sind die Folge. In all diesen Blättern und Schwafelrunden wird immer auf die Problematik hingewiesen. Doch was passiert? Nichts, außer Seifenblasen, die schnell an der Realität des Kapitalismus zerplatzen. Allen Menschenverstand zum trotz vereinbaren Werkleitung und Betriebsratsmehrheit Sonderschichten und das Pausendurchfahren in der Halle 9 - und an den Bändern und Büros werden die Menschen immer kränker. Laut Betriebsvereinbarung soll jeder Kollege nicht mehr als 9 Sonderschichten arbeiten. Da aus gesundheitlichen, Altersteilzeitgründen und

langen FA Wochenenden viele Kollegen gar nicht mehr an den Sonderschichten teilnehmen können, wird es Aufgabe der Werkleitung sein, genügend Personal für die Samstags zu organisieren.

Das Pausendurchfahren wird in vielen Bereichen zu großen Problemen beim Ablösen führen. Aus politischen Gründen muss das Pausendurchfahren abgelehnt werden. Längere Pausen ja, aber gemeinsam mit den Gruppenkollegen.

Immer schärfer wird nur an Stückzahl und Profitmaximierung gedacht, aber der Mensch bleibt auf der Strecke. Gesund älterwerden wird unter diesen Arbeits- und Lebensbedingungen nichts. Jeder muss sich überlegen, ob es sich weiter lohnt, still-schweigend die Missstände hinzunehmen oder alle gemeinsam den Kampf für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen aufzunehmen. Und mit Kampf meinen wir nicht Umfragen a la IG Metall für gute Arbeit - gut in Rente, sondern für unsere berechtigten Forderungen müssen wir schon den Kampf auf die Straße bringen.

... Fortsetzung auf Seite 2

### SCHLUSS MIT DER ZUHÄLTEREI BEI DAIMLER UND ANDERSWO!



### Zuhälterei (Leiharbeit) gehört verboten und nicht reguliert.

Immer schlimmer werden Leiharbeits- und Werkverträge in den Fabriken. Auch bei Daimler werden Leiharbeiter gefeuert und geheuert. Hier im Bremer Werk sollen 90 Leiharbeitskollegen einen festen Vertrag bekommen. Zurzeit arbeiten über 600 Leiharbeiter in einem Zuhälterverhältnis bei ihren Freier, nämlich der Werkleitung. Diese Kollegen schleppen sich krank zur Arbeit, arbeiten in der Hoffnung, irgendwann mal übernommen zu werden. Da in allen Hallen Personal fehlt, war das „Zugeständnis“ der Werkleitung, in den Verhandlungen zu Sonderschichten 90 Leiharbeitskollegen zu übernehmen, schnell beschlossen. Die Werkleitung wollte

aber nach dem Motto, jetzt sind wir eure neuen Herren, aussortieren, wer von den Leiharbeitskollegen übernommen wird. Stimmt die Motivation, passt dem Meister die Nase, widerspricht er oft, ist er schon zu alt zur Ausbeutung, schläft er in Daimler Bettwäsche? Diesem Aussortieren hat der Betriebsrat ein klares Nein entgegen gesetzt. Für den Betriebsrat ist das einzige Kriterium die Zugehörigkeit in der Fabrik. Doch die Übernahmen im Bremer Werk werden das System der Leiharbeit nicht verändern. Die Kapitalisten, sei es Daimler, BMW, Airbus, VW usw. haben die Leiharbeit und Werkverträge zur Perfektion ausgebaut. Das Ergebnis sind Hungerlöhne, die auch unsere Löhne

angreifbar machen. Von der Altersarmut werden diese Kollegen besonders betroffen sein und viele der Millionen Leiharbeiter und Werkverträge sind schon heute Hartz-Aufstocker.

Wer sich die Geschichte vor dem ersten und zweiten Weltkrieg anschaut, wird erschreckend vergleichbare Zustände zu heute feststellen. Auch damals gab es Tagelöhner, wo der Arbeiter nicht mehr bestimmte, an wen er seine Arbeitskraft verkaufte. Heute hier, morgen dort, heute Autos, LKWs bauen, morgen Panzer. (Im Wörther Werk kann die Produktion ohne weiteres auf Panzer umgestellt werden). Und was folgt auf die Tagelöhner? Es folgt die Zwangsverpflichtung zur Arbeit.

Was die Kapitalisten der Konzerne schon erreicht haben, ist eine Spaltung. Hier die Stammebelegschaft, daneben eine Arbeiterschicht zweiter Klasse. Unsere Gewerkschaftsführung verhöhnt mit ihrer

Duldung und Unterstützung der Leiharbeiter die Forderung nach einem Betrieb - eine Belegschaft.

Die Kapitalisten haben mit der Tagelöhner, mit Leiharbeit, mit der Fremdvergabe, mit dem Rentendrücker und den Hartz-Gesetzen eines erreicht: Die BRD ist ein Billiglohnland geworden und der Gewinner der großen Weltwirtschaftskrise, die immer noch auf unsere Kosten bezahlt wird. Es sind die deutschen Kapitalisten, die sich an uns und der Armut anderer Völker dumm und dämlich verdienen.

Ihre Strategie ist aus der Geschichte bekannt. Sie wollen uns immer mehr zu rechtlosen Niedriglöhnern machen, sie wollen uns Arbeiter als flexible Truppe für die großen Schlachten um den Weltmarkt haben. Sie werden versuchen, uns gegen unsere Kollegen in Frankreich, in Italien, in Spanien und anderen Ländern aufzuhetzen um die Konkurrenz auszuschalten. Machen wir Ihnen einen Strich durch die Rechnung.

### Offener Brief von den Vertrauensleuten der DNS Halle 8 An den Betriebsrat Thema Sonderschichten

Wir, die Vertrauensleute der DNS Halle 8, meinen, dass unser gewählter Betriebsrat den Auftrag hat, an die Gesundheit aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Standort Bremen zu denken und darauf zu achten, dass Schichtarbeit auf das Nötigste reduziert wird und nicht auf das Möglichste ausgedehnt, was leider gerade von euch als Betriebsrat durch gewunken wurde. Dass Schichtarbeit krank macht und Nachtschicht das Krebsrisiko eines Menschen erhöht, solltet ihr wissen. Wir glauben ihr seid euch gar nicht bewusst was es für eine Belastung für uns ist in der DNS, sechs Tage ununterbrochen an den Bändern zu stehen. Ein Familienleben findet nicht mehr statt, deine Hobbies kannst du an den Nagel hängen und unsere Gesundheit bleibt auf der Strecke. All diese negativen Folgen sind von euch nicht beachtet worden bei der Abstimmung zum Thema Sonderschichten. Wir sind außerdem der festen Meinung, dass es bei diesem Programm für 2014 gar nicht ohne Festeinstellung gegangen wäre. Unser Fazit zu den von euch genehmigten Sonderschichten lautet, wir wünschen uns vom neu gewählten Betriebsrat in Zukunft einen kritischeren Umgang zum Thema Sonderschichten und Belastung für uns als Belegschaft.

Vertrauensleute der DNS Halle 8  
Ansprechpartner: Thomas Langenbach

... Fortsetzung von Seite 1

### Arbeiten ohne Ende? Pausendurchfahren - 36 Sonderschichten - Arbeitszeitverlängerung - Altersgerechtes Arbeiten?

Die Werkleitung war nach „harten“ Verhandlungen bereit, 90 Leiharbeitskollegen aus ihrem Zwangsarbeitsverhältnis mit ihren Verleiher fest zu übernehmen. Da die Leiharbeitsquote von 8% erfüllt ist, mussten zwangsläufig Festeinstellungen erfolgen. Wir freuen uns mit jedem Leiharbeiter der aus der Leiharbeit in ein festes Arbeitsverhältnis kommt, wo er immer noch selber entscheiden kann, wie lange er dieser Firma Mercedes angehören will. Diese 90 Übernahmen wären ohne Personalbedarf in den Hallen auch gar nicht passiert.

Die Zuhälterei Leiharbeit gehört endgültig verboten, damit das Geschehen um Menschen und Arbeitsplätze der Vergangenheit angehört.

Mit Arbeitsgruppen und Projekten werden die weitergehenden Fremdvergaben, die immer schlimmeren Arbeitsbedingungen nicht verschwinden. Wenn sich die Werkleitung mit Auszeichnungen und Pokalen als humaner Arbeitgeber in der Öffentlichkeit brüstet, müssen wir der Öffentlichkeit durch Aktionen zeigen, dass genau das Gegenteil an den Bändern und Büros die Realität ist. Arbeitshetze ohne Ende, kein Konzept für junge und ältere Kollegen, um durch die Arbeit nicht krank zu werden.

## Vertrauensleutekonferenz aller Mercedes Werke gefordert.

Auf Antrag zweier Betriebsräte hat die Vertrauensleute Vollversammlung im Oktober letzten Jahres beschlossen, eine außer-ordentliche Vertrauensleute Konferenz der Mercedeswerke einzuberufen. Unsere Vertrauenskörpersleitung sollte diese auf einer Zusammenkunft aller VK-Leiter einfordern. Grund für diese Konferenz sind die Angriffe der Konzernleitung auf unsere Arbeitsplätze, die immer größere Anzahl von Fremdvergaben, Leiharbeits- und Werksverträge. Auf der Konferenz sollte ein gemeinsames Gegenwehr-Konzept ausgearbeitet werden, damit nicht nur ein Werk den Kampf führt, sondern andere Werke sich auch an Aktionen beteiligen. Was dann als Antwort kam, ist eine bodenlose Frechheit und zeigt das wahre Gesicht dieser IG Metall - Führung. Aus Kosten- und organisatorischen Gründen wurde die Konferenz abgelehnt. Man stelle sich vor: 20.000 Euro sind zu viel für eine Gewerkschaft, deren Vorsitzender 260.000 Euro im Jahr „verdient“. Für eine Gewerkschaftsführung, die Hunderttausende für eine Wahl eines neuen Vorsitzenden ausgibt, wo in anderen Bezirken Konferenzen 2013 zahlreiche durchgeführt wurden, sollen 20.000 Euro zu viel sein? Der wahre Grund ist doch, dass dieses von IG Metall und Betriebsratsfürsten einzelner Werke nicht gewollt ist. Standortegoismus statt solidarischer Kampf aller Werke ist ihr Motto.

Wir meinen, das ist an Heuchelei und Schmierentheater nicht zu überbieten. Anstatt erstmal in allen Mercedes Werken eine Abfrage bei

den Vertrauensleuten zu starten, um überhaupt den Interessenstand zu ermitteln, wird pauschal abgelehnt.

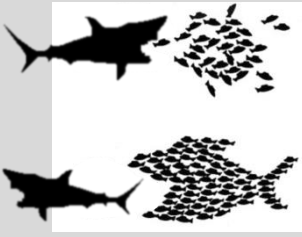
Dieses hat überhaupt nichts mehr mit Basisdemokratie von unten nach oben zu tun. Wir fordern alle Vertrauensleute auf, sich nicht ihr Recht auf eine Vertrauensleutekonferenz nehmen zu lassen. Wer Millionen für Plakatwerbung und Werbefilme ausgibt, in denen kein Arbeiter mehr zu sehen ist, der vergisst wo das Geld für diesen Werbe-Schwachsinn herkommt. Wir sind nicht länger bereit, nur als Beitragszahler zu dienen und bei Forderungen nach Basisdemokratie abgekanzelt zu werden.



Die Postkarte ist bei den Unterzeichnern des Flugblattes für 1€ erhältlich.

## Kampf der Graphiken

Auf unserem letzten Flugblatt haben wir folgende Graphik abgedruckt:



Die VKL hat in der letzten Kopfstütze mit dieser Graphik geantwortet:



Bevor ihr weiterlest, denkt mal darüber nach, was die Graphiken aussagen und wo der Unterschied ist.

Die Aussage ist auf den ersten Blick dieselbe: „Gemeinsam sind wir stark, wenn wir in die selbe Richtung schwimmen, bzw. ziehen.“ Aber es gibt einen Unterschied, die Graphik in der Kopfstütze sagt nicht in welche Richtung. Die Fische hingegen tun sich gegen den Hai zusammen.

men, also sinnbildlich die vielen Arbeiter gegen den einen Arbeitgeber. Im konkreten Fall geht es um den gemeinsamen Kampf der Belegschaft gegen die Fremdvergabe durch die Werkleitung. Denn die Frage steht konkret: Ob und wie dieser Kampf zu führen ist. Allein: „Wir müssen alle in einer Richtung ziehen“, ist nicht die Antwort darauf. Es sei denn, man ist der Meinung, es darf nur eine Meinung geben, dann sind sich alle einig, egal worüber.

### Erklärung zu einer arbeiterfeindlichen Regierung Die neue Regierung „ermächtigt“ sich des Parlaments

Die jetzige Regierung ist in der Geschichte der BRD nicht nur die, die auf undemokratische Weise zustande kam. Nämlich im wahrsten Sinne des Wortes durch Schiebung. Denn eine andere Regierung, eine aus SPD, Linke und Grüne hätte ja eine Mehrheit gehabt. Und wenn die sich nicht darauf einigen wollen, hätte die CDU/CSU halt eine Minderheitsregierung zu bilden gehabt, die schauen muss, welche Unterstützung sie im Parlament findet. Stattdessen ist die SPD zu einer „großen Koalition“ mit ihr übergelaufen.

Was wir also bekommen haben ist eine Ermächtigungsregierung, die nach dreimonatigen Verhandlungen beschlossen hat, das Parlament überflüssig zu machen. Heißt es im Grundgesetz: die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen, so wird im Koalitionsvertrag der neuen Regierung aus Grundrecht de facto Fraktionsrecht: „Im Bundestag und in allen von ihm beschickten Gremien stimmen die Koalitionsfraktionen einheitlich ab. Das gilt auch für Fragen, die nicht Gegenstand der vereinbarten Politik sind. Wechselnde Mehrheiten sind ausgeschlossen.“

Eine Regierung, mit zudem einer verfassungsändernden Mehrheit von 80 Prozent, die in allen Fragen die Abgeordneten unter Fraktionszwang setzt, hebt den Abgeordneten auf, setzt das Parlament außer Kraft. Das gab es bislang noch nie, auch nicht 1968 als die Notstandsgesetze gegen den Widerstand einer außerparlamentarischen Opposition von Studentenbewegung und Gewerkschaften verabschiedet wurden. Die Abgeordneten können gleich zu Hause bleiben weil die Fraktion vorgibt wie abzustimmen ist und in ihrem Wahlkreis erläutern, dass ihre Stimme eigentlich gar keine Stimme ist. Die neue Regierung „ermächtigt“ sich des Parlaments, das ist hochgefährlich für den Zustand einer Demokratie, vergleichbar mit der Situation am Ende der Weimarer Republik.

Ist es das, worüber die Sozialdemokratie ihre Mitglieder befragt hat? Nein, abstimmen durften sie nur über den Betrug.

#### Betrug „Rente mit 63“:

Nein, es gibt sie nicht – von wenigen Ausnahmen abgesehen – die Rente mit 63. Der vermeintliche Erfolg den die SPD errungen hat kommt daher, wenn man Versicherungsjahre als Beitragsjahre verkauft. Für die vorgeschriebenen 45 Jahre zur Erlangung der Rente mit 63 gelten aber nicht die Versicherungsjahre, sondern die Beitragsjahre. Weil bei Erwerbslosigkeit nur Zeiten mit Bezug von Arbeitslosengeld Beitragsjahre sind, die Jahre als Hartz-IV-Bezieher aber nicht, weil weder Ausbildungsjahre noch alle Erziehungszeiten automatisch Beitragsjahre sind, wird sich der Anteil derer die überhaupt die 45 Beitragsjahre erreichen, allenfalls auf ein paar Tausend Kolleginnen und Kollegen beschränken.

#### Betrug „Mindestlohn“:

Nein, es gibt ihn nicht, den Mindestlohn, wie er uns vorgegaukelt wird. Der „Durchbruch“ den uns die SPD verkaufen will, lässt alle Abweichungen

unter Achteurofünfzig in entsprechenden Tarifverträgen weiter zu bis Ende 2016. Darüber hinaus sollen bestimmte Tätigkeiten, vom Erntehelfer bis zum „gering Beschäftigten“ ausgenommen bleiben. Wenn dann ab Januar 2017 die „uneingeschränkte“ Gültigkeit der Achteurofünfzig in Kraft tritt, handelt es sich bestenfalls noch um einen Armutslohn je nach Inflations- und Preissteigerungsraten und dass die „Kommission der Tarifpartner“ ab Juli 2017, zweieinhalb Monate vor der nächsten Bundestagswahl, aus Armutslöhnen Löhne zum Leben macht, ist ja wohl nicht ernst zu nehmen. Er kämpft haben sich den staatlichen Mindestlohn die Arbeiter Frankreichs in der Volksfront 1936 und Portugals in der Nelkenrevolution 1974. Ein staatlicher Mindestlohn muss durch Gesetz sicherstellen, dass jede Entlohnung von Arbeit unter einem bestimmten Betrag ausgeschlossen ist und der Verstoß dagegen mit Gefängnis nicht unter fünf Jahren bestraft wird.

Statt „Mehr Demokratie wagen“, wird der staatliche Gewaltenapparat ausgebaut und vergrößert. Alles was wir als Arbeits- und Koordinationsausschuss seit Jahren an Maßnahmen des reaktionären Staatsumbaus anprangern und als Notstand der Republik brandmarken – wie z.B. die Ausweitung der Befugnisse des BKA hin zu einer verbotenen Geheimpolizei, wird weiter verschärft im Koalitionsvertrag unter „Moderner Staat, innere Sicherheit und Bürgerrechte“. Der Sozialdemokrat Scholz, mit seinen Gefahrenzonen in Hamburg, hat uns gerade einen Vorgeschmack dessen gegeben, was die SPD von bürgerlichen Rechten hält, der „Bluthund“ Noske lässt grüßen. Moderner Staat steht bei den Koalitionären für nichts anderes, als für Ermächtigungsregierung.

Der Zugang der Bundeswehr zu Schulen, Hochschulen, Ausbildungsmessen und ähnlichen Foren ist für diese Regierung selbstverständlich. Sie will Schulen und Hochschulen zu Kadetten-Anstalten machen. Da bleibt als Alternative für unsere Kinder nur: entweder mit dem Mindestlohn ums Überleben kämpfen oder mit dem Stahlhelm auf dem Kopf verrecken. Die Erinnerung an den deutschen Militärstiefel ist in Europa längst wieder gegenwärtig. Sie wird weiter Nahrung bekommen bei den außenpolitischen Ankündigungen: „Unser Ziel ist es, Europa gestärkt aus der Krise zu führen.“ Unser Warnen vor einem neuen deutschen Krieg, z.B. in den letzten Jahren mit dem Aktionszug Klassenkampf statt Weltkrieg, hat sich nach diesem Koalitionsvertrag keineswegs erledigt, im Gegenteil: dieses Warnen ist nötiger denn je. Mit dieser Regierung können wir nicht leben. Sie schützt uns weder vor Verarmung – im Exportweltmeisterland und Niedriglohnland sterben heute schon Menschen acht Jahre früher weil sie arm sind – noch vor der nächsten deutschen Katastrophe. Eine andere Regierung ist sehr wohl möglich. Organisiert euch mit uns im Kampf gegen die Regierung der Ermächtigung und der Kriegsvorbereitung!

#### Arbeits- und Koordinationsausschuss der Vierten Arbeiter- und Gewerkschafter-Konferenz gegen den Notstand der Republik

## Leserbriefe\* zum letzten Flugblatt „Zeit für eine Zwischenbilanz“

\*Namen sind der Redaktion bekannt

Meine Meinung, ich werde weiter kämpfen, gegen Leistungsverdichtung, Rationalisierung, flexible Pausen etc.. Leiharbeit bzw. Werkverträge sollten verboten werden, die sind für mich nur Lohndumping. Ich verkaufe meine Dienstleistung auf Kosten meiner Gesundheit. Bis 67 Jahre in diesen Unternehmen arbeiten, unter diesen Bedingungen, gesund in die Rente gehen? Unmöglich.

(Kollegin aus H8)

[...] Gemeinsam könnten wir etwas erreichen? Ja, das Stimmt! Dazu gehört nun mal Bewegung! Wenn man sich die Fremdvergabe, die Leiharbeit und weitere Maßnahmen von den Arbeitgebern vor Augen hält, dann müsste klar sein, dass sich dies, egal ob jung oder alt, drastisch auf unser Leben auswirken wird! Da helfen uns nicht nur Anstöße zum Nachdenken, um irgendwann mal reagieren zu können, sondern da muss gehandelt werden, weil dringender Handlungsbedarf besteht! Siehe: Bundesland Bremen - Hochburg für Prekäre Beschäftigung. Es geht hier um die Aufrechterhaltung der von unseren Vorvätern erkämpften Sozialsysteme! Wie willst du den Betroffenen und jungen Menschen erklären, dass ein paar beleidigte Oberfunktionäre sich über reale Missstände noch mokieren wo es von Nöten ist, sich gegen diese Ungerechtigkeiten und Lebensumstände zu wehren.

(Kollege aus dem PW)

Sie wollen uns, die sie vor 30 Jahren mit Kuschhand eingestellt haben, heute, da wir älter und krankheitsanfälliger und nicht mehr so schnell sind, wie mit 25 – 30, loswerden, wie überflüssige, unbrauchbare, verbrauchte „Altlasten“!

Wo ist die Wertschätzung für uns als Menschen und für das Geleistete. Wir wissen alle, dass wir dafür Lohn (Gehalt) erhalten haben, aber muss uns jetzt, da wir HPV30 und die anderen Schweinerein, ob für jung oder alt, Fremdarbeiter oder Stamarbeiter nicht mehr mittragen können, der Boden unter den Füßen weggezogen werden? Sprich mit Kündigung bedroht werden? Wo bleibt die Achtung vor dem Individuum? Wie sollen wir noch Achtung vor unserem sogenannten Brötchengebern empfinden, wenn sie uns solch eine Kriegserklärung vorlegen? Eine grundsätzliche, schwere und tiefsitzende Frage stellt sich immer wieder aufs Neue: „Was will eine Firmenleitung, wie diese eigentlich noch?“ Sklavenmarkt ist wieder eingeführt (befristete, billige Arbeitskräfte / heuern und feuern / nichts ist mehr sicher etc.). Nur noch stumpfen Gehor-

sam? Hatten wir das nicht schon Mal?

(Kollege aus der WPS)

Als Kollege aus Wörth kann ich nur eines berichten: Auch wenn die IG Metall Führung, euren Kampf am liebsten im stillen Kämmerlein stillschweigen wollte, wurde er im Werk Wörth publik. Viele Kolleginnen und Kollegen zollen euch Respekt vor eurem Mut und eurer Entschlossenheit. Während die Arbeitnehmervertreterführung davon berichtet „es handele sich in Bremen nur um ein paar Durchgeknallte, die rasselnd um den Block rennen“, ermutigt es die Kollegen aus dem Werk die Arbeitnehmervertreter in die Pflicht zu nehmen, um nicht nur zu verhandeln, sondern auch Gegendruck über Aktionen und Kämpfe aufzubauen.

Die Sonderschichten und Schichtverlängerung vor Weihnachten, mit der Begründung der Euro 6 Einführung stürzte uns jetzt in eine verschärfte Lage von Ausfallschichten (8. bis 24. Januar; 7., 10., 28. Februar; 3., 4. März und wohl noch weitere). Sollte die Geschäftsleitung auf die Idee kommen, die jetzige Situation auszunutzen und die angekündigten Maßnahmen aggressiver durchsetzen, hoffe ich auf eure Solidarität und Unterstützung.

(Kollege aus Wörth)

Ich distanziere mich von „meiner“ IG Metall Führung, die nicht mehr die politischen Ziele verfolgt, wegen denen ich vor über 40 Jahren dort eingetreten bin. Wir brauchen als Arbeiter eine kämpferische Gewerkschaft, die kompromisslos für ein Verbot der Leiharbeit und der Werkverträge kämpft und nicht für die Regulierung. Auch der Kampf gegen die Fremdvergabe kann nicht am Tisch des Werkleiters entschieden werden, sondern muss auf der Straße, vor dem Werkstor, ausgefochten werden.

Betriebsräte und VKLer, die als Bremser und Verhinderer von Arbeitskämpfen auftreten, gehören von der Belegschaft abgewählt!

Wir müssen uns auf unsere eigene Kampfkraft verlassen und die Aktionen in die eigene Hand nehmen, denn solange wir uns auf andere verlassen, sind wir diesen sogenannten Arbeitnehmervertretern ausgeliefert. Sozialpartnerschaft mit dem Kapital hat uns Arbeitern immer noch mehr Elend und Ausbeutung gebracht.

(Kollege aus der LOG)

Etwas übers Ziel hinaus geschossen!!!

Betreff: Sonderschichten.....

Nach dem Motto wenn schon denn schon, oder eine geht noch eine geht noch rein, oder darf es auch etwas mehr sein. Damals gab es so eine Faustregel, wenn der Werkleiter 9 Sonderschichten fordert, konnte man sich darauf einstellen, es gibt 4 oder 5 Sonderschichten. Heute gibt es dann 12 bzw. 9 Sonderschichten. Das ist schon eine Hausnummer!!! Das müssen wir erst mal sacken lassen!!! Wenn das die neue Betriebsratspolitik ist, dann können wir uns wohl darauf einstellen, dass wir bei der nächsten Tarifrunde 6,5 % fordern und 12% bekommen? Wir werden Euch an Euren Taten messen!!!

(Kollege aus H8)

Und sie bewegt sich doch!

Seit der Entscheidung des Betriebsrats, das während der fünfminütigen TER-Pause in Halle 9 die Bänder durchlaufen sollen, (die Ablösung soll über zusätzliche Ablöser gewährleistet werden) herrscht Unruhe in Halle 9. Unruhe, weil dieser Vorschlag nicht etwa von der Centerleitung eingebracht wurde. Nein, der Bereichsbetriebsrat macht Vorschläge zur Ausweitung der Betriebsnutzungszeit und Flexibilisierung der Belegschaft. Unruhe, weil die Nachtschicht spät und ungenügend über diese Pläne informiert wurde. Unruhe in der Belegschaft der Wechselschicht, weil die Zustimmung der Vertrauensleute der Wechselschichten durch Angstmacherei (Wenn wir das nicht machen, kommen noch mehr Samstage und die Verlängerung der Spätschicht am Freitag / Nachtschicht am Sonntag) und ohne eine flächendeckende, ehrliche Abfrage der Mannschaften ermogelt wurde. Die Kollegen werden nun diese Eselei ausbaden, die Centerleitung und die Aktionäre sagen Danke, lieber Betriebsrat.

(Kollege aus H9)

Demografischer Wandel (oder wann wird wirklich endlich etwas für die älterwerdenden Kolleginnen/Kollegen getan?)

In der Halle 9, in der ich arbeite, wird zurzeit das Gegenteil produziert!!! Längere Arbeitszeiten, 12 Sonderschichten, 70-Sekunden-Takt und Pausendurchfahren mit Ablöser – und der Betriebsrat im Bereich tut so, als ob alles in Ordnung wäre!!! Aber, es gibt Hoffnung, weil die Vertrauensleute und die Kolleginnen / Kollegen aus der Dauernachtschicht miteinander reden!!! Ich hoffe auch, die Mannschaft der A-, sowie B-Schicht mit „ins Boote“ holen zu können. Denn „nur gemeinsam“ sind WIR stark!!!

(Kollege aus H9)

**Dieses Flugblatt wurde geschrieben, verteilt und finanziert von Vertrauensleuten und Betriebsräten des Daimler-Werkes Bremen.**

Kontakt: Jochen Kohrt, H 3 (Tel. 90442) / Jörg Häring, H 3 / Ralf Wieland, WPS / Herbert Mogck, H 4/6 (Tel. 90575) / Gerwin Goldstein, LOG/Indir. (Tel. 90600) / Frank Kotte, H 8 (Tel. 3804) / Thomas Langenbach, H 8, DNS / Gerhard Kupfer, H 8 (Tel. 91959) / Sascha Heiner, H 9 / Uwe Müller, H 9 (Tel. 90728) / Julia Nanninga H 7 (Tel.6679) / Ingo Franke (H 8, DNS) und viele andere...

(Februar 2014)

E-Mail-Kontakt: gerwingoldstein@freenet.de - Spenden an: Sparda-Bank Hannover, BLZ:25090500, Konto-Nr.: 101637991, U. Müller, Stichwort: Flugblatt